



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 16.10.24

Hagedorn: Verkehrsminister Wissing lehnt künftige Sonderbaulast des Bundes für die Fehmarnsundbrücke endgültig ab – und regt die Übernahme durch das Land an!

*(In der Anlage finden Sie ein Foto zu Ihrer freien Verfügung sowie die Antwort des
Bundesverkehrsministers Volker Wissing vom 11.10.2024)*

Der Haushaltsausschuss (HHA) des Deutschen Bundestags hat am 16. Oktober im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Etat 2025 den Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing mit seinem Verkehrshaushalt zur zweistündigen Diskussion begrüßt. Im Verlauf dieser Debatte konnte die stellvertretende Vorsitzende Bettina Hagedorn den Minister unter anderem nach seiner abschließenden – und jahrelang von der Landesregierung bestrittenen - Rechtsauffassung zur künftigen Baulast für die Fehmarnsundbrücke befragen, da diese Auskunft von hoher Relevanz für den Kreis Ostholstein mit Blick auf dessen Forderungen an das Land Schleswig-Holstein ist.

Hagedorn: „**Bereits seit dem Frühjahr 2023 stehe ich mit Verkehrsminister Wissing in Kontakt zu der Frage, ob der Bund eine Rechtsgrundlage zur Übernahme der künftigen Sonderbaulast für die Sundbrücke nach Inbetriebnahme des Sundtunnels sieht, was der frühere CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer bereits vor Jahren gegenüber dem damaligen Verkehrsminister Bernd Buchholz abgelehnt hatte. Nachdem Volker Wissing im Sommer 2023 sowohl dem Land Schleswig-Holstein wie auch uns Abgeordneten im Haushaltsausschuss eine erneute ‚abteilungsübergreifende Prüfung‘ zu dieser Frage zugesagt hatte, liegt jetzt die abschließende Antwort des FDP-Ministers an mich vor (Zitat):**

„Gleichwohl lässt sich eine vom Bund getragene Sonderbaulast auch nach nochmaliger Prüfung des Sachverhalts nicht begründen.‘... ,Die weiträumige Verbindungsfunktion wird künftig der neue Fehmarnsundtunnel als Teil der zentralen Verkehrsachse zwischen Kontinentaleuropa und den nordischen Ländern übernehmen. Für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb des Tunnels ist dann der Bund als Baulastträger zuständig.‘... ,Die Fehmarnsundbrücke als markantes Wahrzeichen der Region bleibt - dem Wunsch vor Ort entsprechend - für den langsamen Verkehr sowie für Radfahrer und Fußgänger erhalten.‘... ,In der Folge wird die Straßenverbindung über die Brücke dann in eine Straßenklasse nach Landesrecht abzustufen sein. Auch die Betrachtung eines Bedarfsumleitungskonzepts für den Fall einer Tunnelsperrung oder die Radwegführung über die bestehende Fehmarnsundbrücke, wie zuletzt in die Diskussion um die Baulast eingebracht, führen zu keinem anderen Ergebnis.‘ Damit liegt die Verantwortung zur künftigen finanziellen Entlastung des Kreises Ostholstein eindeutig beim Land Schleswig-Holstein, was ich in der Vergangenheit bereits mehrfach betont hatte. Denn während bei Abschluss des Staatsvertrages 2008 die Kosten für die Hinterlandanbindung für den Bundeshaushalt noch mit 840 Mio. Euro beziffert wurden, dürften die Kosten aktuell auf 4 bis 5 Mrd. Euro zu Lasten des Bundes explodiert sein, woran sich das Land Schleswig-Holstein mit keinem einzigen Cent beteiligt. Da ist es grotesk zu glauben, dass der Bund auch noch die spätere Sonderbaulast für die Sundbrücke ohne Rechtsgrundlage übernehmen wird. Wie erst kürzlich bestätigt haben sich die Kosten für die derzeitige Grundinstandsetzung der Sundbrücke auf mindestens 91 Mio. Euro fast verdreifacht und erfolgen allein aus dem Etat der Deutschen Bahn. Da liegt es nun wirklich in der Verantwortung der Landesregierung in Kiel, endlich selbst einen fairen Anteil an diesem Megaprojekt zu tragen, für das das Land seit 20 Jahren stolz die Werbetrommel rührt. Die Menschen im Kreis Ostholstein sind vor allem Leidtragende des Großprojektes durch jahrelangen Baustelleneinschränkungen und Verzicht auf bisherige regionale Schienenverkehrsansbindungen, durch Lärm und Verlust an Wohnqualität. Die Landesregierung muss endlich dem Kreis Ostholstein finanzielle Planungssicherheit geben und die Sonderbaulast für die Sundbrücke übernehmen!“ Auch im Schreiben des Verkehrsministeriums an Bettina Hagedorn vom 11. Oktober 2024 heißt es (Zitat): **„Um den Kreis Ostholstein als**

angedachten Baulastträger bei seinen Aufgaben zu unterstützen hat das BMDV in Gesprächen mit dem Land Schleswig-Holstein angeregt zu prüfen, ob die Brücke ggf. in Sonderbaulast nach dem Straßen- und Wegenetz Schleswig-Holstein geführt werden könnte.“

Bettina Hagedorn betont, dass sich mit dieser abschließenden Antwort des Verkehrsministers Wissing eine Initiative von Landrat Timo Gaarz erübrigt habe, mit der er Landtags- und Bundestagsabgeordnete von CDU und Grünen sowie von der SPD überzeugen wollte, an Verkehrsminister Volker Wissing erneut zu appellieren, die spätere Sonderbaulastübernahme für die Fehmarnsundbrücke durch den Bund zuzusagen.

Hagedorn: „**Ich hatte Landrat Timo Gaarz bereits im Juni 2024 die Rechtsauffassung des Bundes in dieser Frage abschließend mitgeteilt. Gleichwohl hat er versucht, Landtags- und Bundestagsabgeordnete zu diesem aussichtslosen Appell zu bewegen, wobei er allerdings die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der FDP aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen ausgeklammert hatte. Vernünftig wäre es jetzt, den von ihm beabsichtigten Appell stattdessen an die Landesregierung zu richten – den würde ich dann ausdrücklich unterstützen.“**